

Kulturschutz im Fokus: Pläne zur Rettung nationaler Schätze in Gefahr!

Am 29. Mai 2025 wurden Maßnahmen zum Schutz nationaler Kulturgüter in Vietnam beschlossen, um deren Sicherheit und Erhaltung zu gewährleisten.



Berlin, Deutschland - Am 29. Mai 2025 hat die vietnamesische Regierung umfassende Maßnahmen zum Schutz nationaler Kulturgüter eingeleitet. Ein Dokument von Vizeminister Hoang Dao Cuong fordert eine umfassende Überprüfung und Bewertung der nationalen Kulturgüter, um deren Sicherheit und Unversehrtheit zu gewährleisten. Vizepremierminister Mai Van Chinh hatte bereits am 25. Mai 2025 eine entsprechende Anweisung erlassen, die die Ministerien und lokalen Behörden verpflichtet, den aktuellen Status der nationalen Schätze zu überprüfen und bis zum 6. Juni 2025 Berichte darüber einzureichen. Diese Schritte sind eine Reaktion auf den Vorfall der Schändung eines bedeutenden Kulturguts, dem Thron der Nguyen-Dynastie, der 2015 als Nationalschatz erklärt wurde,

und sollen dazu beitragen, ähnliche Vorfälle in der Zukunft zu verhindern, berichtet vietnam.vn.

Die vorgestellten Maßnahmen umfassen die Entwicklung und Umsetzung von Schutzplänen für nationale Schätze, die insbesondere individuelle Strategien für Sammlungen in Privatbesitz erfordern. Diese Schutzpläne müssen geeignete Maßnahmen gegen Diebstahl, Feuer, Explosionen und Naturkatastrophen beinhalten. Zudem wird betont, dass Investitionen in die Renovierung und Modernisierung von Lagerhallen und Ausstellungsbereichen höchste Priorität genießen. Der Konservierungsprozess soll dabei strengen wissenschaftlichen Standards und gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

Implementierung des Kulturgutschutzgesetzes

In Deutschland steht das Kulturgutschutzgesetz ebenfalls im Fokus der politischen Diskussionen. Am 16. Oktober 2024 fand eine öffentliche Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien statt, in der ein Gesetzentwurf zur Änderung des Kulturgutschutzgesetzes vorgestellt wurde. Der Deutschen Kulturrat und der Deutsche Museumsbund äußerten sich positiv zu den geplanten Änderungen, während die Interessengemeinschaft Deutscher Kunsthandel sowohl Erleichterungen als auch kritische Punkte anmerkte. Die Änderungen beinhalten unter anderem eine Verlängerung von Ausfuhrgenehmigungen für nationales Kulturgut von fünf auf zehn Jahre sowie eine Anhebung der Wertgrenze für besondere Sorgfaltspflichten von 2.500 Euro auf 5.000 Euro, wie bundestag.de berichtet.

In den politischen Gesprächen wurde ebenfalls auf den hohen bürokratischen Aufwand hingewiesen, der mit der Dokumentation von Kulturgütern einhergeht. Dr. Christina Berking von der Interessengemeinschaft Deutscher Kunsthandel fordert eine Erhöhung der Wertgrenze auf 10.000 Euro, um den

Handel zu entlasten. Die Anwesenden einigten sich darauf, die regelmäßige Evaluation des Kulturgutschutzgesetzes alle fünf Jahre zu fordern, um dessen Wirksamkeit sicherzustellen.

Schutz von Kulturgütern in Gefahr

Die Entwicklungen in Vietnam und Deutschland verdeutlichen die Notwendigkeit, Kulturgüter umfassend zu schützen. Während in Vietnam neue Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um national wertvolle Artefakte vor Schäden und Verlusten zu bewahren, wird in Deutschland an den rechtlichen Rahmenbedingungen gearbeitet, die den Kulturgutschutz verbessern sollen. Beide Länder haben erkannt, dass die Verantwortung für den Schutz und die Erhaltung von Kulturgütern nicht nur beim Staat liegt, sondern auch die Unterstützung von lokalen Behörden und Institutionen erfordert.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.vietnam.vn • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: eine-reise.de